

Frankfurter Allgemeine

SONNTAGSZEITUNG

Am Populismus scheitert Europas Impfung

Die EU-Kommission ist vom Einvernehmen aller Mitgliedstaaten abhängig. Darunter leidet ihre Impfstoffstrategie.

Von Thomas König

Fast mantraartig wiederholt Gesundheitsminister Jens Spahn, dass die Entscheidung richtig gewesen sei, die Europäische Kommission mit der Beschaffung des Impfstoffs zu betrauen. Auf den ersten Blick spricht vieles dafür, die Pandemie auf europäischer Ebene gemeinschaftlich zu bekämpfen. Will man die offenen Grenzen des Binnenmarkts sichern, dann verspricht der Zugriff auf europäische Wissenschafts- und Produktionskapazitäten einen schnelleren Schutz der Bevölkerung. Hinzu kommt, dass die Europäische Kommission eine stärkere Verhandlungsposition gegenüber multinationalen Pharmakonzernen haben sollte. Auf den zweiten Blick wird aber offensichtlich, dass Europa in einer populistischen Politikverflechtungsfalle gefangen ist. Vorschläge der Kommission sind vom Einvernehmen der Mitgliedstaaten abhän-

gig, was nicht nur den Schutz der Bevölkerung verlangsamt. Darüber hinaus werden Entscheidungen begünstigt, die maßgeblich von den Interessen der populistischen Mitgliedstaaten bestimmt werden. Nicht erst seit der Impfstoffbestellung bringt diese Falle mehr Nach- als Vorteile für die Gemeinschaft mit sich.

War es also etwa falsch, die Europäische Kommission mit der Beschaffung des Impfstoffs zu betrauen? Mittlerweile bröckelt die Front der uneingeschränkten Befürworter des europäischen Wegs, der unter der deutschen Ratspräsidentschaft beschränkt wurde. Geplant war, dass sich die Gemeinschaft nach den negativen europäischen Erfahrungen der ersten Pandemiewelle mit der Beschaffung des überraschend schnell entwickelten Impfstoffs profilieren kann. Schließlich hatte der europäische Verteilungsstreit um medizinische Ausrüstung nicht nur die Lieferketten von Masken und Sauerstoffgeräten blockiert. Im Frühjahr brachte die Schließung der Grenzen fast den gesamten Binnenmarkt zum Erliegen, gegen die sich die Kommission als die Hüterin der Verträge schon im Zuge der europäischen Migrationskrise nicht durchsetzen konnte. Nun zeichnete sich aber ab, dass einige europäische Hersteller gut im Rennen bei der Impfstoffentwicklung la-

gen. Es sollte also ein Zeichen gegen den sich verbreitenden populistischen Euroskeptizismus gesetzt werden.

Der deutschen Ratspräsidentschaft hätte allerdings spätestens seit den Verhandlungen zum Wiederaufbaufonds klar sein müssen, dass die europäische Politikverflechtungsfalle auch bei der Impfstoffbestellung zuschnappen wird. Abgesehen von den bisherigen Misserfolgen bei der Bewältigung der europäischen Schulden- und Migrationskrise, dauerte der Streit über den Wiederaufbaufonds nicht nur monatelang. Deutlich wurde dabei auch, dass die EU-Kommission trotz Unterstützung des Europäischen Parlaments den populistischen Ministerpräsidenten Polens und Ungarns nichts entgegenzusetzen hat. Dabei war die Forderung, das ohnehin gültige Rechtsstaatsprinzip bei der Auszahlung von Hunderten Milliarden Eurohilfen zu garantieren, eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Oder warum sollten die Steuerzahler der Geberländer wie Finnland, die Niederlande, Österreich, Schweden und auch Deutschland Mittel für Mitgliedstaaten aufbringen, die mit dem Rechtsstaatsprinzip brechen?

Die Europäische Kommission, die durch kein unmittelbares Wahlmandat legitimiert ist, ist ohne öffentliche Unterstützung der polnischen und ungarischen

Bevölkerung nicht imstande, ihre Vorschläge gegen das Veto der populistischen Ministerpräsidenten umzusetzen. Diese können im Notfall auch noch auf ihr altes Visegrád-Netzwerk mit der Tschechischen Republik und der Slowakei zurückgreifen, um ihre Interessen gegen die Gemeinschaft durchzusetzen. Während die von der ersten Pandemiewelle besonders betroffenen Mitgliedstaaten wie Italien und Spanien auf die Mit-

tel des Wiederaufbaufonds angewiesen sind und eine rasche Entscheidung einforderten, konnten Polen und Ungarn auf die deutsche Ratspräsidentschaft bauen, die ihre Amtsperiode mit dem Wiederaufbaufonds krönen wollte. So wurde nach zähen Verhandlungen erst kurz vor Ende der deutschen Ratspräsidentschaft „ein einvernehmlicher Weg“ gefunden, der die Vergabe von Mitteln ohne unmittelbare Sanktions-

möglichkeit bei Nichteinhaltung des Rechtsstaatsprinzips ermöglicht.

Der Mechanismus dieser populistischen Politikverflechtungsfalle, die für die Gemeinschaft mehr Nach- als Vorteile mit sich bringt, bestimmte auch die Beschaffung des Impfstoffs. Die Europäische Kommission wählte zuerst die Impfstoffhersteller aus, denen ein Angebot gemacht wurde, das die Mitgliedstaaten einvernehmlich absegnen mussten. Wie schon beim Wiederaufbaufonds saßen die populistischen Ministerpräsidenten am längeren Hebel und konnten eine Deckelung der Aufwendungen erreichen. Im Resultat wurde zu spät zu wenig Impfstoff für die Gemeinschaft bestellt. Gleichzeitig profiliert sich der ungarische Ministerpräsident mit einer nationalen Zulassung des russischen Sputnik-V-Impfstoffes, die auch von anderen Mitgliedstaaten übernommen werden kann. Am Ende ist zu befürchten, dass die europäische Politikverflechtungsfalle beim Impfstoff nicht ein Zeichen für die Gemeinschaft setzt, sondern eher die populistischen Ministerpräsidenten in und außerhalb Europas stärkt.



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen

Foto Reuters

Professor Thomas König lehrt Politikwissenschaft an der Universität Mannheim und ist Mitglied der Nationalen Wissenschaftsakademie Leopoldina.